



# Freie und Hansestadt Hamburg

## Bezirksversammlung Altona

A/BVG/123.30-01/3005

Drucksachen-Nr. XIX-1799  
24.09.2012

### Antrag

- öffentlich -

Gremium	am
Bezirksversammlung	27.09.2012

#### **Keine erneute Fahrpreiserhöhung beim Hamburger Verkehrsverbund!**

Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE

Der Hamburger Verkehrsverbund hat zum 1. Januar 2013 eine Fahrpreiserhöhung um durchschnittlich 3,5 % beantragt (vgl. Hamburger Abendblatt vom 19.9.2012, S. 1). Das dritte Jahr in Folge sollen die Fahrpreise regelmäßig zum Jahresbeginn erhöht werden: Zuletzt zum 01.01.2012 erfolgte eine Erhöhung um durchschnittlich 2,8 %. Die Fahrgastzahlen und die Einnahmen steigen kontinuierlich, die Preise werden trotzdem weiter erhöht. Mittlerweile steigen die Fahrpreise sogar schneller als die Kfz-Kosten, wie die amtlichen Statistiken zeigen.

Sozialpolitisch ist die erneute Fahrpreiserhöhung ein Desaster. Ganz Hamburg spricht über Altersarmut, doch Senat und HVV wollen für das Seniorenticket fast 50,00 € mehr im Jahr haben. Dies entspricht einer überdurchschnittlichen Steigerungsrate von 4,6 %. Allein im Bezirk Altona sind davon mehr als 47.000 Menschen betroffen: Nach Angaben des Statistikamtes Nord sind 18,6 % der rund 251.000 Altonaer über 65 Jahre alt. Ab einem Alter von 63 Jahren besteht Anspruch auf das Seniorenticket.

Es ist aus umweltpolitischen Gründen vollkommen inakzeptabel, dass die Stadt die höheren Kosten für den Nahverkehr vollständig auf die Fahrgäste abwälzt. Zu hohe Fahrpreise sorgen dafür, dass sich Fahrgäste wieder Alternativen zu Bus und Bahn suchen. Die Hürde für Gelegenheitsnutzer des Nahverkehrs ist aufgrund der teuren Einzelfahrscheine schon jetzt zu hoch. Die Fahrpreiserhöhungen konterkarieren den umwelt- und klimapolitisch erforderlichen Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn. Gerade angesichts der stark verkehrlich belasteten Hauptverkehrsachsen Stresemannstraße und Holstenstraße zeigt sich vor Ort in Altona wie notwendig es ist, den Umstieg vom Auto auf den Nahverkehr durch günstige Fahrpreise zu fördern.

**Vor diesem Hintergrund beschließt die Bezirksversammlung Altona:**

- 1. Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI) wird gemäß § 27 BezVG aufgefordert, den Antrag des HVV auf Erhöhung der Fahrpreise (Verbundtarif) zum 1.1.2013 abzulehnen und ihn nicht der Bürgerschaft vorzulegen.**
- 2. Weiterhin wird die BWVI aufgefordert, im laufenden Verfahren zur Aufstellung des Haushalts 2013/2014 dafür Sorge zu tragen, dass die durch den Verzicht auf eine**

**Fahrpreiserhöhung für die Stadt entstehenden Mehrkosten durch eine entsprechende Anpassung der Defizitausgleichszahlung aus dem Haushalt ausgeglichen wird.**

**Petition:**

**Die Bezirksversammlung wird um Zustimmung gebeten.**

Anlage/n:

ohne Anlagen